

## **Gesetzentwurf**

**der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Vertrag vom 16. September 1980  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

### **A. Zielsetzung**

Förderung und Schutz deutscher Kapitalanlagen im Ausland

### **B. Lösung**

Bilaterale Vereinbarungen zum Schutz von Auslandsinvestitionen  
auf völkerrechtlicher Basis

### **C. Alternativen**

keine

### **D. Kosten**

keine



Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler  
14 (42) – 651 09 – Ka 35/81

Bonn, den 12. Oktober 1981

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. September 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und portugiesischer Sprache, ein zugehöriges Protokoll und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 504. Sitzung am 9. Oktober 1981 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt



**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Vertrag vom 16. September 1980  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Portugiesischen Republik  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Bonn am 16. September 1980 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel vom 16. September 1980 werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Begründung zum Vertragsgesetz**

**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

**Zu Artikel 2**

Der Vertrag soll – mit Ausnahme der Bestimmungen der Nummer 8 des Protokolls, soweit diese sich auf die Luftfahrt beziehen – auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

**Zu Artikel 3**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

**Vertrag  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Portugiesischen Republik  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz  
von Kapitalanlagen**

**Acordo  
entre a República Portuguesa  
e a República Federal da Alemanha  
sobre promoção e protecção recíproca de investimentos**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Portugiesische Republik

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, und

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Vertrages

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ folgende Vermögenswerte und Rechte:
  - a) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
  - b) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte;
  - c) Ansprüche auf Geld oder auf andere Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
  - d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Patente, Handelsmarken, Handelsnamen und Know-how;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Konzessionen für die Aufsuchung und Gewinnung von Naturschätzen;
  - f) andere Vermögenswerte oder Rechte, die den oben genannten gleichwertig sind;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Gebühren entfallen;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
  - a) in bezug auf die Portugiesische Republik: Portugiesen im Sinne der Verfassung der Portugiesischen Republik und im Sinne der portugiesischen Gesetze, welche die Staatsangehörigkeit regeln;

A República Portuguesa  
e  
a República Federal da Alemanha,

Animadas do desejo de intensificar a cooperação económica entre os dois Estados,

Desejando criar condições favoráveis para investimentos de nacionais ou sociedades de um Estado no território do outro Estado, e

Reconhecendo que a promoção e a protecção desses investimentos, por meio de um Acordo, poderão servir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos,

acordaram o seguinte:

**Artigo 1**

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo „investimentos“ compreende as seguintes espécies de bens e direitos:
  - a) direitos de participação em sociedades e outros tipos de participações;
  - b) propriedade de bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais;
  - c) direitos a prestações em dinheiro ou a outras prestações com valor económico;
  - d) direitos de autor, direitos de propriedade industrial, processos técnicos, patentes, marcas, denominações comerciais e “know-how”;
  - e) concessões de direito público, inclusive concessões de pesquisa, exploração e extracção de recursos naturais;
  - f) quaisquer outros bens ou direitos equivalentes aos acima mencionados.
2. O termo “rendimentos” designa as quantias geradas por um investimento, num determinado período, como lucros e dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração relacionadas com o investimento.
3. O termo “nacionais” designa:
  - a) No que respeita à República Portuguesa: Portugueses tais como se encontram definidos na Constituição da República Portuguesa e nas leis portuguesas que regulam a nacionalidade;

- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“:

- a) in bezug auf die Portugiesische Republik:  
jede natürliche Person und jede Körperschaft, einschließlich Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in Portugal haben und nach den Gesetzen zu Recht bestehen und handeln, unabhängig von der Regelung der Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder und von ihrem Zweck und gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Vertrages hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

#### Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

#### Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

#### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet oder verstaatlicht werden. Die Entschädigung muß dem Wert entsprechen, den die betreffende Kapitalanlage vor dem Zeitpunkt hatte, in dem die Enteignung oder Verstaatlichung öffentlich bekannt wurde; der Zeitraum, der zwischen der Enteignungs- oder Verstaatlichungsmaßnahme und der Festsetzung der Entschädigung verstreicht, ist dabei in Ansatz zu bringen. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden; sie muß tatsächlich verwertbar und transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung oder Verstaatlichung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung oder Verstaatlichung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren (Zivilgerichte, Verwaltungsgerichte) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage vorgenommen wurde, nachgeprüft werden können.

- b) No que respeita à República Federal da Alemanha: Alemães tais como se encontram definidos na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha.

4. O termo "sociedade" designa:

- a) com relação à República Portuguesa:  
Todo o indivíduo e toda a entidade colectiva, incluindo sociedades comerciais ou outras sociedades e associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham a sua sede em Portugal, e estejam constituídas e funcionem de acordo com a lei, independentemente do regime da responsabilidade dos seus sócios, associados ou membros, seja qual for o seu objecto e tenham ou não fins lucrativos;
- b) com relação à República Federal da Alemanha:  
toda a pessoa jurídica, bem como as sociedades comerciais ou outras sociedades ou associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham a sua sede na área alemã de aplicação do presente Acordo e estejam constituídas legalmente, independentemente de a responsabilidade dos seus sócios, associados ou membros ser limitada ou ilimitada, ou de a sua actividade ter fins lucrativos ou não.

#### Artigo 2

Cada Parte Contratante permitirá, no seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, promovendo-os na medida do possível. Em cada caso concederá aos investimentos tratamento justo e equitativo.

#### Artigo 3

1. Nenhuma Parte Contratante sujeitará, no seu território, os investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes sujeitará os nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito à sua actividade relacionada com investimentos no seu território, a um tratamento menos favorável do que o concedido aos próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

#### Artigo 4

1. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante gozarão no território da outra Parte Contratante de plena protecção e segurança.

2. Os investimentos de nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante não poderão, no território da outra Parte Contratante, ser expropriados ou nacionalizados senão por motivos de utilidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor do investimento expropriado ou nacionalizado imediatamente antes do momento em que a expropriação ou nacionalização for publicamente anunciada, tendo em conta o período decorrido entre o acto da expropriação ou nacionalização e a fixação da compensação. A indemnização deverá ser paga sem demora injustificada, ser efectivamente utilizável e transferível. Deverão ser tomadas providências adequadas, quanto à fixação e pagamento da indemnização, o mais tardar no momento da expropriação ou nacionalização. A legalidade da expropriação ou nacionalização e o montante da indemnização deverão ser verificáveis em processo judicial, civil e administrativo normal, da Parte Contratante em cujo território o investimento foi feito.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlagen;
- b) der Erträge gemäß Artikel 1 Absatz 2, abzüglich der Steuern;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Liquidationserlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Veräußerung der Kapitalanlage, abzüglich der Steuern.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 sinngemäß.

#### Artikel 7

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Vereinbarung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach den Artikeln 4, 5 oder 6 unverzüglich zu dem für die vereinbarte Währung jeweils gültigen Tageskurs für laufende Geschäfte.

(2) Dieser Kurs muß mit den hierfür einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds im Einklang stehen.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen durch Vereinbarung mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

3. Os nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante, em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou motim, não receberão desta Parte Contratante tratamento menos favorável, no que diz respeito a restituições, compensações, indemnizações ou demais pagamentos, do que o concedido aos seus próprios nacionais ou sociedades.

4. Em relação às matérias reguladas no presente artigo, os nacionais ou as sociedades de uma Parte Contratante gozarão no território da outra Parte Contratante do tratamento de nação mais favorecida.

#### Artigo 5

Cada Parte Contratante garantirá aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a transferência das importâncias relacionadas com os investimentos, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;
- b) dos rendimentos definidos no artigo 1 número 2, deduzidos de impostos;
- c) para amortização de empréstimos;
- d) do produto da liquidação, em caso de alienação total ou parcial do investimento, deduzido de impostos.

#### Artigo 6

Se uma Parte Contratante realizar pagamentos a seus nacionais ou sociedades em virtude de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta reconhecerá, sem prejuízo dos direitos resultantes do artigo 11 para a primeira Parte Contratante, a transferência de todos os direitos desses nacionais ou sociedades para a primeira Parte Contratante, seja por dispositivo legal ou com base em acto jurídico. Além disso, a outra Parte Contratante reconhecerá a subrogação da primeira Parte Contratante em todos esses direitos que a primeira Parte Contratante exercerá na mesma medida que o seu titular precedente. A transferência das importâncias referentes a pagamentos a realizar à Parte Contratante correspondente, em virtude da subrogação de direitos, aplicar-se-ão *mutatis mutandis* as disposições do artigo 4 números 2 e 3 e do artigo 5.

#### Artigo 7

1. Desde que os interessados não tenham celebrado acordo diverso, admitido pelos órgãos competentes da Parte Contratante em cujo território está situado o investimento, as transferências nos termos dos artigos 4, 5 ou 6, realizar-se-ão sem demora injustificada, na moeda acordada e pela taxa de câmbio do dia válida para operações correntes.

2. Esta taxa de câmbio deverá estar de acordo com as disposições pertinentes do Fundo Monetário Internacional.

#### Artigo 8

1. Se das disposições legais de uma Parte Contratante ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional que existem ou venham a existir futuramente entre as Partes Contratantes, a par do presente Acordo, resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, esta regulamentação prevalecerá sobre o presente Acordo, na parte em que for mais favorável.

2. Cada Parte Contratante observará qualquer outro compromisso que tenha assumido em relação a investimentos, por acordo com nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território.



## Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

## Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien Mitglieder des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrages anzurufen, bleibt unberührt.

## Artikel 11

Dieser Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art sind spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufzuheben, unabhängig davon, ob diplomatische Beziehungen bestehen.

## Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos realizados antes da sua entrada em vigor, por nacionais ou sociedades de uma Parte Contratante, no território da outra Parte Contratante e em conformidade com as respectivas disposições legais.

## Artigo 10

1. As divergências que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes.

2. Se uma divergência não puder ser dirimida dessa maneira, será submetida a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal arbitral será constituído ad hoc, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro; ambos os membros designarão, de comum acordo, um nacional dum terceiro Estado como presidente que será nomeado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses, a contar da data em que uma Parte Contratante tenha comunicado à outra que deseja submeter a divergência a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por outro motivo, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente possuir também a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou estiver também impedido por outro motivo, as nomeações caberão ao membro do Tribunal que se siga na hierarquia e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão obrigatórias. A cada uma das Partes Contratantes caberão as despesas do respectivo árbitro, bem como da respectiva representação no processo perante o tribunal arbitral; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do Presidente, bem como com as demais despesas. O tribunal arbitral poderá adoptar um regulamento diferente quanto às despesas. O tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

6. Se ambas as Partes Contratantes forem membros da Convenção para regular diferendos relativos a investimentos entre Estados e nacionais de outros Estados, de 18 de Março de 1965, não recorrerão nos termos do artigo 27 parágrafo 1 dessa Convenção ao tribunal arbitral acima previsto, desde que entre o nacional ou a sociedade de uma das Partes Contratantes e a outra Parte Contratante exista o acordo a que se refere o artigo 25 da Convenção. Não ficará prejudicada a possibilidade de recurso ao tribunal arbitral acima referido no caso de não observância duma decisão judicial do tribunal arbitral estabelecido nos termos da Convenção (artigo 27), ou no caso de transferência de direitos por força da lei ou com base em acto jurídico, em conformidade com o artigo 6 do presente Acordo.

## Artigo 11

O presente Acordo permanecerá em vigor mesmo no caso de conflito entre as Partes Contratantes, sem prejuízo do direito de adoptar medidas provisórias, admitidas pelas normas gerais do Direito Internacional. As medidas dessa natureza serão derogadas o mais tardar no momento da cessação efectiva do conflito, independentemente da existência ou não de relações diplomáticas.

## Artikel 12

Dieser Vertrag gilt – mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 8, die sich auf die Luftfahrt beziehen – auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Portugiesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Lissabon ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird er auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 16. September 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pela República Federal da Alemanha  
Hans-Dietrich Genscher

Für die Portugiesische Republik  
Pela República Portuguesa  
Diogo F. do Amaral

## Artigo 12

Com excepção das disposições do número 8 do Protocolo que dizem respeito aos transportes aéreos, o presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim, desde que o Governo da República Federal da Alemanha não apresente ao Governo da República Portuguesa uma declaração em contrário, dentro dos três meses após a entrada em vigor do presente Acordo.

## Artigo 13

1. O presente Acordo carece de ratificação; os instrumentos de ratificação serão trocados o mais brevemente possível em Lisboa.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação. Permanecerá em vigor por dez anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, com uma antecedência de 12 meses. Expirado o prazo de dez anos o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento, ficando, porém, em vigor por um ano, a partir da data em que tenha sido denunciado.

3. Para os investimentos realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, as disposições dos artigos 1 a 12 permanecerão em vigor por 20 anos, a partir da data da expiração do Acordo.

Feito em Bona, aos 16 de Setembro de 1980, em dois originais, cada um em idioma português e em idioma alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

### 1. Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

### 2. Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

### 3. Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit der Vornahme und der Durchführung einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.
- c) Die Vertragsparteien sind der Auffassung, daß Beschränkungen des Zugangs zu mittel- und langfristigen Krediten nicht unvereinbar mit den Bestimmungen des Artikels 3 sind.

## Protocolo

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha, os plenipotenciários abaixo-assinados acordaram nas seguintes disposições que constituem parte integrante do presente Acordo:

### 1. Com referência ao Artigo 1

- a) Os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste gozarão da mesma protecção que o próprio investimento;
- b) Considerar-se-á nacional de uma Parte Contratante toda a pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da respectiva Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

### 2. Com referência ao Artigo 2

Os investimentos realizados, em conformidade com as disposições legais de uma Parte Contratante, no seu território, por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, gozarão da plena protecção do presente Acordo.

### 3. Com referência ao Artigo 3

- a) Como “actividade”, no sentido do artigo 3, número 2, serão considerados em especial mas não exclusivamente a administração, a utilização, o uso e o aproveitamento dum investimento. Como tratamento “menos favorável”, no sentido do artigo 3, número 2, será considerada especialmente a limitação na aquisição de matérias-primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo o tipo, impedimento à venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, e ainda outras medidas com efeito semelhante. Não serão consideradas como tratamento “menos favorável”, no sentido do artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem pública, de saúde pública ou de ordem moral;
- b) No âmbito das suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e residência de pessoas de uma Parte Contratante que desejarem entrar no território da outra Parte Contratante em conexão com o encaminhamento e a execução dum investimento; o mesmo valerá para os assalariados de uma Parte Contratante, que quiserem entrar e residir no território da outra Parte Contratante, em conexão com um investimento, para exercer uma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados com benevolência.
- c) As Partes Contratantes consideram que as limitações no acesso a facilidades de crédito a médio e longo prazo não são incompatíveis com o disposto neste artigo.

**4. Zu Artikel 4**

- a) Als Enteignung gilt jede Art einer durch hoheitliche Maßnahmen veranlaßten Entziehung oder Beschränkung von Vermögenswerten oder Rechten, die eine Kapitalanlage oder einen Teil davon darstellen, sowie sonstige hoheitliche Maßnahmen, welche die Wirkung einer bleibenden Enteignung haben.
- b) Ein Anspruch auf Leistung einer Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird und dies ausschließlich auf diese Intervention zurückzuführen ist.
- c) Die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 über den Transfer finden nur Anwendung, wenn die enteignete oder verstaatlichte Kapitalanlage von eingeführten Vermögenswerten ausgegangen ist; unter eingeführten Vermögenswerten sind auch Reinvestitionen und der Mehrwert zu verstehen.
- d) Wenn der Schaden, welcher durch eines der in Artikel 4 Absatz 3 erwähnten Ereignisse verursacht worden ist, zu einem vollständigen Verlust der Kapitalanlage geführt hat, so ist jede als Schadensersatz, Entschädigung oder als sonstiger Gegenwert geleistete Zahlung ebenso zu behandeln wie Entschädigungsleistungen gemäß Absatz 2 dieses Artikels.

**5. Zu Artikel 5**

Wenn die portugiesische Regierung im Falle extremer Zahlungsbilanzschwierigkeiten außerstande ist, Erträge und Liquidationserlöse innerhalb von 6 Monaten nach Fälligkeit zu transferieren, so kann sie durch Entscheidung des Ministerrats diese Transferierungen für einen begrenzten Zeitraum und nur in dem nach den oben bezeichneten Schwierigkeiten erforderlichen Ausmaß suspendieren. Sie sagt jedoch zu, daß der zu transferierende Betrag in keinem Fall geringer als jährlich 20 % des zu transferierenden Gesamtbetrags sein wird.

In einem derartigen Fall, und soweit der Investor dies wünscht, werden die nicht transferierten Beträge einem Sonderkonto in einer Währung nach Wahl des Investors gutgeschrieben. Die zu zahlenden Zinsen werden auf der Grundlage der Zinssätze festgelegt, die für entsprechende Kreditaufnahme auf dem Finanzmarkt des Landes, dessen Währung gewählt worden ist, angewendet werden.

**6. Zu Artikel 6**

Es besteht Einverständnis, daß die in Artikel 6 erwähnte Kapitalanlagegarantie nur politische Risiken einschließlich des Transferrisikos abdeckt.

**7. Zu Artikel 7**

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Diese Frist beginnt an dem Tag, an dem ein vollständiger, mit den erforderlichen Unterlagen versehener Antrag eingereicht worden ist, und darf unter keinen Umständen drei Monate überschreiten.

Der Antrag wird auch dann als vollständig angesehen, wenn fehlende Unterlagen durch die ausschließliche Verantwortlichkeit der zuständigen Behörden der jeweiligen Vertragspartei nicht beigebracht werden konnten.

Der Abzug von Steuern bei zu transferierenden Beträgen [Artikel 5, Buchstaben b) und d)] darf nicht zu einer Verzögerung des Transfers führen.

**4. Com referência ao Artigo 4**

- a) Por “expropriação” considera-se toda a privação ou toda a limitação resultante de actos de soberania sobre quaisquer bens ou direitos que constituam o todo ou parte de um investimento, bem como outros actos de soberania que tenham efeitos de expropriação definitiva;
- b) Poderá ser também pedido o pagamento de uma indemnização, em caso de intervenção por parte do Estado na empresa que é o objecto do investimento, quando a sua situação económica ficar gravemente comprometida em exclusivo resultado dessa intervenção;
- c) As disposições do número 2 do artigo 4, relativas a transferências, aplicam-se apenas se o investimento expropriado ou nacionalizado se basear em bens importados, incluindo os reinvestimentos e as mais valias;
- d) Se o prejuízo causado por um evento referido no número 3 do artigo 4 resultar numa perda total do investimento, quaisquer pagamentos feitos a título de indemnização, compensação ou outra contrapartida válida deverão ser tratados da mesma forma que as compensações pagas nos termos do número 2 do mesmo artigo.

**5. Com referência ao Artigo 5**

Caso o Governo Português, em virtude de extremas dificuldades da balança de pagamentos, não se encontre em condições de transferir rendimentos e produtos da liquidação de investimentos dentro de 6 meses a contar da data do seu vencimento, poderá por decisão do Conselho de Ministros suspender tais transferências por um período limitado e apenas no âmbito exigido pelas dificuldades acima mencionadas. Compromete-se, no entanto, a assegurar que o montante a transferir em cada ano não será, em caso algum, inferior a 20 % da quantia global que deveria ser transferida anualmente.

Neste caso, e se o investidor assim o desejar, as somas não transferidas serão creditadas numa conta especial em moeda escolhida pelo investidor. Os juros a pagar sobre esses depósitos serão fixados com base nas taxas de juros aplicadas a fundos equivalentes contratados no mercado financeiro do país da moeda escolhida.

**6. Com referência ao Artigo 6**

Fica entendido que a garantia de investimento referida no artigo 6 só se aplica a riscos políticos, incluindo riscos relativos a transferências.

**7. Com referência ao Artigo 7**

Uma transferência considerar-se-á como realizada “sem demora injustificada”, no sentido do número 1 do artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das respectivas formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o devido requerimento, acompanhado dos necessários documentos, tenha sido apresentado, não podendo em caso algum exceder três meses.

O processo considerar-se-á também completo, se algum documento não puder ser obtido por exclusiva responsabilidade da competente autoridade da respectiva Parte Contratante.

A dedução de impostos nas importâncias a transferir [artigo 5, alíneas b) e d)] não pode constituir motivo para retardar a transferência.

8. Bei Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

8. Com referência aos transportes de bens e pessoas, decorrentes do encaminhamento de investimentos, as Partes Contratantes obrigam-se a não excluir nem dificultar a utilização de empresas de transportes da outra Parte Contratante e a outorgar, quando necessário, as autorizações para a realização dos transportes.

As disposições acima indicadas abrangem o transporte de:

- a) bens directamente destinados ao investimento abrangido no âmbito do presente Acordo, ou adquiridos no território de uma Parte Contratante ou de um terceiro Estado por uma empresa ou por conta de uma empresa, em que esteja investido capital no âmbito do presente Acordo;
- b) pessoas em deslocações relacionadas com o encaminhamento de investimentos.

Geschehen zu Bonn am 16. September 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Feito em Bona, aos 16 de Setembro de 1980, em dois originais, cada um em idioma português e em idioma alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Pela República Federal da Alemanha  
Hans-Dietrich Genscher

Für die Portugiesische Republik  
Pela República Portuguesa  
Diogo F. do Amaral

(Tradução)

Der Bundesminister  
des Auswärtigen

Bonn, 16. September 1980

O Ministro Federal  
dos Negócios Estrangeiros

Bona, 16 de Setembro de 1980

Exzellenz,

Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Die Vertragsparteien betrachten die in Nummer 5 des Protokolls zu Artikel 5 des Vertrages vorgesehene Möglichkeit, den Transfer zu beschränken, als eine Regelung, die ihre Geltung verliert, soweit als Ergebnis der Verhandlungen Portugals mit den Europäischen Gemeinschaften über einen Beitrittsvertrag bezüglich des genannten Transfers eine für die betroffenen Investoren günstigere Regelung in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Portugiesischen Republik  
Herrn Professor Dr. Diogo Freitas do Amaral

Excelência,

desejo confirmar o facto de termos acordado o seguinte:

As Partes Contratantes consideram a possibilidade de limitar as transferências, prevista no número 5 do Protocolo com referência ao artigo 5 do Acordo, como uma disposição que deixará de vigorar, desde que, como resultado das negociações entre Portugal e as Comunidades Europeias sobre um acordo de adesão, entre em vigor uma regulamentação das ditas transferências mais favorável para os investidores interessados.

Permita-me, Excelência, apresentar-lhe os protestos da minha mais alta consideração.

Genscher

A  
Sua Excelência  
o Senhor Professor Dr. Diogo Freitas do Amaral  
Ministro dos Negócios Estrangeiros  
da República Portuguesa

(Übersetzung)

Der Minister  
für Auswärtige Angelegenheiten  
der Portugiesischen Republik

Bonn, 16. September 1980

O Ministro dos  
Negócios Estrangeiros  
da República Portuguesa

Bona, 16 de Setembro de 1980

Exzellenz,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Die Vertragsparteien betrachten die in Nummer 5 des Protokolls zu Artikel 5 des Vertrages vorgesehene Möglichkeit, den Transfer zu beschränken, als eine Regelung, die ihre Geltung verliert, soweit als Ergebnis der Verhandlungen Portugals mit den Europäischen Gemeinschaften über einen Beitrittsvertrag bezüglich des genannten Transfers eine für die betroffenen Investoren günstigere Regelung in Kraft tritt.“

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß meine Regierung der vorstehenden Bestätigung zustimmt.

Ich benutze diesen Anlaß, Eure Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Diogo F. do Amaral

Seiner Exzellenz  
dem Bundesminister des Auswärtigen  
der Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Hans-Dietrich Genscher

Excelência,

tenho a honra de acusar a recepção da carta de Vossa Excelência de hoje, do seguinte teor:

“Desejo confirmar o facto de termos acordado o seguinte:

As Partes Contratantes consideram a possibilidade de limitar as transferências, prevista no número 5 do Protocolo com referência ao artigo 5 do Acordo, como uma disposição que deixará de vigorar, desde que, como resultado das negociações entre Portugal e as Comunidades Europeias sobre um acordo de adesão, entre em vigor uma regulamentação das ditas transferências mais favorável para os investidores interessados.“

Tenho a honra de comunicar a Vossa Excelência a concordância do meu Governo ao que antecede.

Aproveito a oportunidade para apresentar a Vossa Excelência os protestos da minha mais elevada consideração.

Diogo F. do Amaral

A  
Sua Excelência  
o Senhor Hans-Dietrich Genscher  
Ministro dos Negócios Estrangeiros  
da República Federal da Alemanha

## Denkschrift zum Vertrag

### I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und unternehmerischer Erfahrung.

Die Bundesregierung fördert deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern u. a. durch Garantien gegen politische Risiken, durch Steuervergünstigungen und zinsgünstige Kredite. Der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern dienen auch die Investitionsförderungsverträge, welche die Bundesrepublik bereits mit einer großen Anzahl von Entwicklungsländern abgeschlossen hat. Diese Verträge tragen zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach kann der Bund zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen in der Regel dann übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-portugiesische Vertrag vom 16. September 1980 entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit den anderen Entwicklungsländern ist.

### II. Besonderes

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigelegt.

#### Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die üblichen Definitionen.

#### Zu Artikel 2

Die Bestimmung sieht das allgemeine Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung vor.

#### Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Nach Nummer 3 Buchstabe c des Protokolls kann beim Zugang zu mittel- und langfristigen Krediten vom Prinzip der Inländerbehandlung abgewichen werden.

#### Zu Artikel 4

Die Bestimmung setzt die wichtigsten Anforderungen an die Entschädigung im Falle einer Enteignung oder Verstaatlichung fest. Als eine enteignungsgleiche Maßnah-

me werden gemäß Nummer 4 Buchstabe b des Protokolls auch Eingriffe in das Anlageunternehmen angesehen, die dessen wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigen.

Bei Verlust der Kapitalanlage infolge Kriegs, Revolution oder Aufruhrs wird Inländerbehandlung zugesichert. Außerdem gilt für den gesamten Artikel 4 Meistbegünstigung.

#### Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Nummer 5 des Protokolls sieht hierzu vor, daß im Falle extremer Zahlungsbilanzschwierigkeiten Portugals ausnahmsweise und für einen begrenzten Zeitraum der Transfer eingeschränkt werden kann. Voraussetzung hierfür ist ein entsprechender Beschluß des Ministerrats der portugiesischen Regierung sowie die Gewährleistung eines Mindesttransfers in Höhe von 20 % jährlich. Der nichttransferierbare Betrag muß auf Wunsch des Investors einem Devisenkonto gutgeschrieben und muß verzinst werden.

Der Briefwechsel stellt klar, daß günstigere Transferregelungen auf Grund eines künftigen EG-Beitritts Portugals vorgehen.

#### Zu Artikel 6

Die Bestimmung stellt sicher, daß die Bundesrepublik, wenn sie aus einer Garantie gegen politische Risiken für eine in Portugal vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im eigenen Namen gegenüber Portugal geltend machen kann (Grundsatz der Subrogation).

#### Zu Artikel 7

Nach dieser Bestimmung sind Transfers unverzüglich und zum jeweils gültigen Kurs vorzunehmen.

Nummer 7 des Protokolls stellt u. a. fest, daß der Abzug von Steuern bei zu transferierenden Beträgen nicht zu Transfervverzögerungen führen darf.

#### Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes, sei es auf Grund anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen, gehen vor. Zugleich sichern sich die Vertragsparteien zu, daß Verpflichtungen einer Vertragspartei gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei eingehalten werden.

#### Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für sog. Altinvestitionen. Hinsichtlich der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages schwebenden Streitfälle auf Grund von früheren Enteignungen und enteignungsgleichen Eingriffen ge-

hen die Vertragsparteien davon aus, daß bis zum Inkrafttreten des Vertrages eine befriedigende Regelung auf der Basis völkerrechtlicher Grundsätze erzielt wird.

**Zu Artikel 10**

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren vor bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrages. Eine Anrufung des Schiedszentrums der Weltbank durch den Investor oder eine Vertragspartei geht diesem Verfahren jedoch vor.

**Zu Artikel 11**

Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien lassen den Vertrag unberührt. Dies schließt allerdings vorübergehende Maßnahmen auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht aus.

**Zu Artikel 12**

Der Vertrag enthält die übliche Berlin-Klausel.

**Zu Artikel 13**

Der Vertrag bleibt zunächst zehn Jahre in Kraft und wird sodann – mit einer einjährigen Kündigungsfrist – auf unbegrenzte Zeit verlängert. Im Falle des Außerkrafttretens des Vertrages genießen die bis dahin vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zwanzig Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

**Zum Protokoll**

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und zusätzlichen Regelungen. Sie gelten als Bestandteil des Vertrages. Abgesehen von den im jeweiligen Zusammenhang bereits erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll

- in Nummer 3 Buchstabe b eine Wohlwollenserklärung hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage;
- in Nummer 8 ein Diskriminierungsverbot hinsichtlich der Transportunternehmen der anderen Vertragspartei für Transporte im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.